

# Müllverbrennung: Toxikologe prüft jetzt die Ausbau-Pläne

*Auch die Stadt Tornesch erhebt mittlerweile Einwände gegen die Pläne der GAB.*

Von Bernd Amsberg

**Pinneberg.** Reimer Schuld, der Sprecher der Bürgerinitiative, die sich gegen den geplanten Ausbau der Müllverbrennungsanlage des Kreises Pinneberg zur Wehr setzt, ist begeistert: „Das ist ein großartiger Erfolg.“ Der Grund für die Freude: Das Umweltamt Itzehoe hat ein humantoxikologisches Gutachten in Auftrag gegeben. Das bedeutet: Vor der möglichen Genehmigung der geplanten Verdreifachung der Verbrennungskapazitäten werden intensiv die Auswirkungen auf die Menschen ermittelt. Bislang hatte die Bürgerinitiative dieses Gutachten vergeblich gefordert.

Mit dem Auftrag, das Gutachten zu erstellen, wird nach Ansicht der Bürgerinitiative Aktiver Umweltschutz Ellerhoop jetzt anerkannt. „dass aufgrund der von 16 Jahren festgestellten Vorbelastung eine erneut gründliche Analyse der aktuellen Belastungssituation möglich ist.“ Rein rechnerisch habe die Müllverbrennungsanlage (MVA) zwischen 1974 und 1987



**Umstritten:** Die Kapazitäten der Müllverbrennungsanlage in Tornesch sollen von jetzt 80 000 auf maximal 280 000 Tonnen ausgebaut werden.

Foto: bam

rund 2000 Gramm Dioxin ausgestoßen. Das sei die gleiche Giftmenge, die im italienischen Seveso zur Katastrophe geführt habe. Schuld: „Bei der Vorbelastung empfinden wir es als zynisch, wenn sich bei der Erweiterung auf gesetzliche Grenzwerte berufen wird. Es ist bessere Filtertechnik verfügbar, die unnötige Zusatzbelastungen von den Menschen fernhält.“

Das Gutachten wird Dr. Hermann Kruse, Toxikologe der Universität Kiel, erstellen. „Er wird die Auswirkungen der Erweiterung der Müllverbrennung auf 280 000 Tonnen unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung ermitteln“, sagte Sven Helmig, der beim Umweltamt Itzehoe für die MVA zuständig ist. Das Gutachten

sei eine wichtige Grundlage im Genehmigungsverfahren. Das Ergebnis könne dazu führen, dass eine Genehmigung nicht oder nur unter so hohen Auflagen erteilt werde, dass es unwirtschaftlich sei, die Pläne zu realisieren, so Helmig. Das gelte allerdings auch für alle anderen Einwendungen und Analysen.

GAB-Geschäftsführer Gerd Doose begrüßt das zusätzliche Gutachten: „Ich finde es positiv, dass die Frage der Vorbelastungen geklärt wird.“ Damit könnten die Vorwürfe Bürgerinitiative entkräftet werden. „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir von dem Gutachten nichts zu befürchten haben“, sagte Doose.

Indes formiert sich im Kreis Pinneberg weiterer Widerstand gegen den geplanten Ausbau

der MVA: Die Mitglieder des Tornescher Umweltausschusses haben Dienstag einstimmig mehrere Einwände gegen die Ausbaupläne der Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallverwertung (GAB) beschlossen. So soll die Kapazität der Anlage lediglich von jetzt 80 000 Tonnen auf 160 000 Tonnen erweitert werden. Das reiche aus, um – wie vertraglich vereinbart – den Abfall der drei Landkreise Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen zu entsorgen. „Mülltourismus soll vermieden werden“, sagte Sebastian Kimstädt (SPD), Vorsitzender des Tornescher Umweltausschusses. Außerdem fordert Tornesch, dass die aufgrund der zusätzlichen Verbrennungskapazitäten erzeugte Energie nicht in die Luft abgeleitet, sondern sinnvoll genutzt werden muss. Dritter wichtiger Punkt der Tornescher Einwendungen: „Wir wollen die optimale Filtertechnik haben“, so Kimstädt.

Außerdem beschlossen die Tornescher Politiker, die Gemeinden des Amtes Rantzau finanziell zu unterstützen. Die haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das sich mit den Planungsunterlagen der GAB beschäftigen soll. Tornesch beteiligt sich an den Kosten dieses Gutachtens mit 4000 Euro.